

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 16. Dezember 1959

Blatt 2493

Wiener Baumriesen im Naturschutzbuch

=====

16. Dezember (RK) In der Hartmannngasse 3 in Margareten, erstreckt sich hinter der Häuserfront ein Garten, der drei Götterbäumen, einer Bergulme und einer Robinie seit über 80 Jahren zur Heimat wurde. Die Götterbäume sind noch in Brusthöhe ungefähr einen halben Meter dick und 20 Meter hoch. Die Bergulme hat bei gleichem Durchmesser eine Höhe von 21 Meter und die hoch- und schmalkronig entwickelte Robinie ist nur einen Meter niedriger. Der Magistrat der Stadt Wien hat alle fünf Gewächse zum Naturdenkmal erklärt und deren gesetzlichen Schutz in Grundbuch und Naturschutzbuch eintragen lassen.

In der Schüttelstraße 5, im 2. Bezirk, befindet sich die "Franz Mair-Hof" benannte Wohnhausanlage der Gemeinde Wien, in deren Bereich eine 17 Meter hohe Platane als Solitär eine besondere landschaftliche Eigenheit darstellt. Der Magistrat der Stadt Wien hat diesen Baum gleichfalls zum Naturdenkmal erklärt und in das Naturschutzbuch eintragen lassen. Der Schwarzenberg-Garten im 3. Bezirk beherbergt einen Mammutbaum, dessen Form, Größe und Seltenheit zur Zierde des ganzen Parks geworden sind. Auch dieser Baumriese wurde zum Naturdenkmal erklärt.

- - -

Der Rechnungsabschluß 1958
=====Sitzung des Wiener Gemeinderates

16. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zusammen, um zunächst über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1958 und über die Bilanzen der Städtischen Unternehmungen 1958 zu beraten. Es lagen drei Anträge der KLS vor, und zwar "betreffend Ausbaggerung des Wasserlaufes des Mühlwassers", betreffend "Errichtung eines Übergangssteges über die neue Autostraße am Hochwasserschutzdamm in Kaisermühlen", betreffend "Errichtung einer Brücke über die alte Neufahrt".

Erfolgreiche Gebarung im Jahr 1958

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legte hierauf den Rechnungsabschluß 1958 vor. Er bezeichnete die Gebarung für dieses Jahr als sehr erfolgreich, da die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag um 13.6 Prozent etwas mehr gestiegen war, als die Ausgaben, die sich um 12 Prozent erhöhten.

Der Rechnungsabschluß wurde fristgerecht im Oktober 1959 fertiggestellt und dem Stadtsenat vorgelegt. Anlässlich der öffentlichen Auflage haben sechs Personen von dem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht und zwei sogenannte Erinnerungen zu Protokoll gegeben. Der Referent beantragte, diese Erinnerungen den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen. Er machte gleichzeitig darauf aufmerksam, daß einige Wünsche bereits im Budget für 1960 erfüllt sind.

Der Voranschlag rechnete für das Jahr 1958 mit einem Abgang von 183,5 Millionen Schilling. Der Verbesserung der Einnahmen mit 572 Millionen steht ein Mehr auf der Ausgabenseite von 528,3 Millionen gegenüber. Aus der Allgemeinen Rücklage mußten daher 139,8 Millionen zum Ausgleich der Jahresrechnung entnommen werden. Die höheren Ausgaben waren durch verschiedene im Voranschlag nicht vorgesehene größere Finanzoperationen verursacht, die der Arbeitsbeschaffung dienten.

Bei den Einnahmen machten die Ertragsanteile 1.495,3 Millionen Schilling aus, die eigenen Steuern 1.482,3 Millionen und die

Gebühren und sonstigen Einnahmen 1.811,4 Millionen. Die eigenen Steuern brachten infolge des günstigen Beschäftigtenstandes um 241,9 Millionen Schilling mehr ein, als vorgesehen war.

Bei der Besprechung der Ausgaben hob Vizebürgermeister Slavik die Aufwendungen für das Personal besonders hervor. Der Personalstand der Aktiven ist von 32.745 auf 32.213, also um 532 Personen gesunken. Dies zeigt die ständigen Bemühungen der Gemeinde, die Ausgaben für Verwaltung und Personal so gering wie möglich zu halten. Für 1960 ist jedoch mit einem steigenden Personalaufwand zu rechnen, da die Einführung der 45-Stunden-Woche Neuaufnahmen erforderlich macht.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Slavik, die Entwicklung habe zu Anfang 1958 nicht gerade sehr gut ausgesehen. Es war jenes Jahr, in dem der Gemeinderat sich mit der Frage beschäftigten mußte, in welcher Form man die Wirtschaft ankurbeln kann, um die Rezession abzufangen und eine Arbeitslosigkeit zu verhindern. Wir dürfen heute rückschauend sagen, daß wir Erfolg hatten und im Jahre 1958 mehr Menschen eine gesicherte Existenz fanden, als in den Jahren vorher. Von den größeren Investitionen nannte der Referent den Weiterbau des städtischen Museums, der Stadthalle, des Stadions und den Wasserspeicher. Hierauf stellte Vizebürgermeister Slavik die formellen Anträge zur Erledigung des Rechnungsabschlusses, der mit einer Einnahmen- und Ausgaben-summe von 4.928,860.949*09 Schilling abschließt.

Bei der Abstimmung wurde der Rechnungsabschluß 1958 ohne Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Rechnungsabschluß der Städtischen Unternehmungen

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referierte sodann über die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista für das Jahr 1958. Eine Gegenüberstellung der Erfolge laut Wirtschaftsplan und Rechnungsabschluß 1958 zeigt folgendes Bild: Die verkauften Strom- und Gasmengen im Jahre 1958 haben die des Jahres 1957 nicht unwesentlich überschritten. Die Frequenzen der Verkehrsbetriebe haben ebenfalls eine Steigerung erfahren. Nur bei den Gaswerken ist der Verkauf von Koks abermals zurückgegangen. Die Vorausschätzungen für das Jahr 1958 laut Voranschlag waren zum Teil zu optimistisch erstellt und wurden nur beim Stromabsatz und den Verkehrsleistungen überschritten.

Die E-Werke präliminierten für das Wirtschaftsjahr 1958 einen Abgang von 101,067.000 Schilling, der tatsächliche Verlust betrug jedoch nur 8,8 Millionen Schilling. Die Gaswerke veranschlagten einen Abgang von 37,2 Millionen Schilling, tatsächlich weist der Rechnungsabschluß einen solchen von 71,2 Millionen Schilling aus. Die Verkehrsbetriebe rechneten mit einem Abgang von 173,9 Millionen Schilling, tatsächlich betrug er jedoch nur 162,4 Millionen. Die Bestattung erzielten nicht wie veranschlagt einen Abgang von rund zwei Millionen, sondern einen Überschuß von 441.254 Schilling. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnete mit einem Überschuß von 314.000 Schilling, tatsächlich weist es nur einen solchen von 264.181 Schilling aus. Die Gewista erzielte einen Überschuß von 186.577 Schilling, der um 2.322 Schilling unter dem Voranschlag liegt. Alle sechs Unternehmungen zusammengenommen weisen einen bilanzmäßigen Abgang von 241,5 Millionen Schilling aus und haben somit um 72,2 Millionen günstiger abgeschnitten als für das Jahr 1958 veranschlagt war.

Die Stromabgabe war im Jahr 1958 um 8.95 Prozent höher als 1957, der Gasverkauf stieg um 5.55 Prozent. Dazu ist zu bemerken, daß der Heizwert des Stadtgases im Jahr 1958 erhöht wurde. Beim Koksverkauf ergab sich gegenüber 1957 ein Rückgang um 21.15 Prozent. Dieser Rückgang ist ausschließlich eine Folge des vermehrten Erdgaseinsatzes bei der Stadtgaserzeugung. Bei den E-Werken wurden Investitionen mit einem Gesamtaufwand von 273 Millionen, bei den Gaswerken von 107 Millionen, bei den Verkehrsbetrieben von 104,9 Millionen und bei der Städtischen Bestattung von vier Millionen Schilling vorgenommen. Durch die Gasgeräteaktion wurden im Berichtsjahr 2.161 Installationen mit einem Wert von 32,9 Millionen Schilling in Auftrag gegeben. In der Badezimmeraktion wurden 4.524 Badezimmer und Installationen bestellt. Die Gas- und Elektrogeräteaktion hat im Jahre 1958 einen Gesamtbestellwert von 71,9 Millionen Schilling ergeben. Für die Straßenbahn wurden im Berichtsjahr 21 Umbau-Triebwagen und für die Stadtbahn an Umbauwagen vier Trieb- und sieben Beiwagen geliefert. Ein Stadtbahnbeiwagen wurde neu gebaut.

Stadtrat Schwaiger stellt fest, daß die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses und der Gewista vom Kontrollamt genauest überprüft und für richtig befunden wurden. Er stellte daher folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Vermögensrechnung vom 31. Dezember 1958 und die Erfolgsrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1958 der Wiener Stadtwerke werden genehmigt.

Der Verlust des Geschäftsjahres 1958 der Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe von zusammen 242.456,095⁶³ Schilling und der Gewinn der Bestattung von 441.254¹⁰ Schilling wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Gewinn der Bestattung von 441.254¹⁰ Schilling wird im Jahre 1959 der freien Rücklage zugewiesen.

Zum Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien stellt der Referent fest, daß der Bierabsatz im Berichtsjahr wegen der überaus guten Obst- und Weinernte fiel. Der Erlös aus Lohnmälzungen infolge größerer Lohnmälzungsaufträge erhöhte sich jedoch. Der Redner stellt den Antrag, den Rechnungsabschluß des Brauhauses der Stadt Wien für das Geschäftsjahr 1958 zu genehmigen. Der Jahresgewinn von 264.181⁰⁸ Schilling ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Gewista verzeichnete eine Umsatzsteigerung um rund 18,2 Prozent. Diese Umsatzsteigerung konnte im wesentlichen durch die Neueinführung der Werbung mittels Emailtafeln auf Abfallkörben und durch den weiteren Ausbau der übrigen Reklamezweige erzielt werden. Der Referent stellt den Antrag, die Vermögensrechnung vom 31. Dezember 1958 und die Erfolgsrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1958 der Gewista zu genehmigen. Der ausgewiesene Jahresgewinn von 186.577²² Schilling ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge ohne den Stimmen der KLS angenommen.

- - -

Wiener Männergesangverein sang für Steinhof-Pfleglinge
=====

16. Dezember (RK) 100 Mitglieder des Wiener Männergesangvereines gaben für die Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof ein Konzert. 600 Zuhörer hatten im festlich geschmückten Saal des Gesellschaftshauses Platz genommen. Die Volkslieder, Chöre von Schubert, Johann und Josef Strauß, wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Verwalter Oberamtsrat Melzer dankte den Sängern auch dafür, daß sie sich unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten. "An der schönen blauen Donau" war der Abschluß der Veranstaltung, die viel Freude brachte.

- - -

Neuer Wohnungstausch-Anzeiger
=====

16. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die soeben erschienen ist, enthält wieder auf 28 Seiten Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern verzeichnet. Der Tauschanzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, erhältlich. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 3. Februar erscheint, kann bis spätestens 21. Jänner im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Beginn der Budgetverhandlungen im Rathaus

=====

Voranschlag der Bundeshauptstadt für das Jahr 1960

16. Dezember (RK) Nach der Behandlung des Rechnungsabschlusses 1958 begann der Wiener Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960. Der städtische Finanzreferent Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) stellte zu Beginn seines Hauptreferates fest, daß der Voranschlag in der Zeit vom 4. bis 10. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt war. 16 Gemeindemitglieder, 13 Männer und drei Frauen, haben vom Recht der Einsicht Gebrauch gemacht und neun sogenannte Erinnerungen abgegeben. Alle Wünsche und Erinnerungen wurden nach Geschäftsgruppen geordnet und diesen zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Vizebürgermeister Slavik stellte sodann fest, daß man bei der Zusammenstellung des Rohentwurfes des Voranschlages auf eine Summe von mehr als sechs Milliarden gekommen ist, wobei sich ein Abgang von 690 Millionen Schilling ergeben hätte. Auch diesmal wurde aber an dem Grundsatz festgehalten, die finanzielle Sicherstellung zu wahren und zu verhindern, daß Gelder gebunden werden für solche Arbeiten, von denen man annehmen kann, daß sie im kommenden Jahr nicht zu Ende geführt werden können. Wir waren bestrebt, sagte er, die Wünsche mit den Möglichkeiten auszugleichen. Der Voranschlag für 1960 sieht kein außerordentliches Budget vor, denn wir sind der Meinung, daß sich dadurch die Übersichtlichkeit nur erschweren würde, sollte mit zwei Budgets operiert werden. Bei der Erstellung des Voranschlages mußte vor allem berücksichtigt werden, daß ein neuer Finanzausgleich wirksam geworden ist, der sehr wesentliche Veränderungen auf der Einnahmeseite und auf der Ausgabeseite mit viel negativen aber auch positiven Auswirkungen mit sich bringt. Er verwies darauf, daß der Finanzausgleich die Aufteilung der gemeinschaftlichen Abgaben vornimmt und trat der oft vorgebrachten Meinung entgegen, daß Wien dabei vom Bund Geschenke erhalte. Er verweist darauf, daß die Gemeinden auf 40 Prozent der Gewerbesteuer zugunsten des Bundes verzichten, dagegen aber bei anderen Ertragsteilen höhere Einnahmen bekommen werden. Diese und andere Merkmale des Finanzausgleiches mußten bei der Aufstellung des Budgets 1960 berücksichtigt werden.

Vizebürgermeister Slavik stellte fest, daß die Gewerbesteuerreform für die Gemeinden mit einem Verlust verbunden sein wird. Dennoch, so erklärte er, freuen wir uns, daß mit der Hinaufsetzung des steuerfreien Betrages auf 18.000 Schilling ab 1. Jänner 1960 in Wien rund 140.000 Personen steuerfrei ausgehen werden. Vizebürgermeister Slavik gab unter Beifall seiner Genugtuung über diesen Kompromiß zum Ausdruck.

Der Redner sprach dann über drei viel diskutierte Bauprojekte Wiens, die bereits in Angriff genommen worden sind, für die aber im Voranschlag nur geringe Beträge eingesetzt wurden. Als erstes dieser Projekte nannte er den Bau des Allgemeinen Krankenhauses, mit dem man sich schon jahrelang beschäftigt. Dem grundsätzlichen Übereinkommen, wonach die Baukosten zur Hälfte vom Bund und zur zweiten Hälfte von der Gemeinde Wien getragen werden, gingen sehr langwierige Verhandlungen voran. Seit der Einigung über die Finanzierung am Anfang 1958 sind wir bereits bei der dritten Budgetverhandlung angelangt. Man müsse mit Bedauern feststellen, daß auch im kommenden Jahr mit dem Bau noch nicht begonnen werden kann. Das Raum- und Funktionsprogramm für das Allgemeine Krankenhaus ist noch immer nicht da. Wird es am 15. Jänner 1960, wie versprochen, vorgelegt werden, und haben wir dann das Glück, daß es in Ordnung sein wird, könnte man einen Wettbewerb ausschreiben. Die Architekten und die Jury werden auch einige Zeit brauchen. Dann erst können die Ausschreibungen durchgeführt werden. Vizebürgermeister Slavik erklärte, daß er diese Verzögerungen außerordentlich bedauern müsse und appellierte an alle mit den Vorarbeiten für diesen wichtigen Bau beschäftigten Experten, sie mögen endlich über alle Auseinandersetzungen hinwegkommen.

Über den Karlsplatz und den Umbau der Lastenstraße wurde auch schon sehr viel diskutiert, aber wir haben noch nicht die Unterlagen, um annehmen zu können, daß diese Bauvorhaben im nächsten Jahr begonnen werden können. Zeichnungen allein genügen in diesem Fall nicht. Es würde mich sehr freuen, hätten wir 1960 Gelegenheit, dem Gemeinderat einen zusätzlichen Antrag über den Umbau des Karlsplatzes und der Lastenstraße vorzulegen. Wir können diese Mittel aber nur dann zur Verfügung stellen, wenn wir wissen, daß mit den Arbeiten tatsächlich in absehbarer Zeit begonnen werden kann.

Wir nehmen auch große Projekte des laufenden Jahres in das kommende Jahr hinüber. Bürgermeister Jonas hat bei der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates einen Plan über die Entwicklung Wiens für die nächsten Jahrzehnte entworfen. Wir haben bereits im Voranschlag darauf Rücksicht genommen, und zwar besonders auf die Entwicklung des linken Donauufers. Das Jahr 1960 soll die erste Stufe zur Durchführung eines Fünfjahresplanes sein, einer entscheidenden Stufe für die Weiterentwicklung unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir heute mit der Zeit vor 14 Jahren vergleichen, so können wir auch feststellen, daß der Ausbau Wiens bisher planmäßig verlaufen ist.

Wir hatten weiter bei der Aufstellung des Budgets die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs und damit auch Wiens zu berücksichtigen. Es hat viele Diskussionen um EWG und Kleine Freihandelszone gegeben, und wir sind nun der Kleinen Freihandelszone beigetreten. Damit ist Österreich in eine enge wirtschaftliche Verbindung mit einer Reihe von Staaten gekommen, mit denen wir bisher zum Teil sehr wenig Kontakt hatten. Wir müssen jedenfalls damit rechnen, daß sich auf einzelnen Gebieten auch Schwierigkeiten ergeben. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um die dauernde Existenzsicherung der Wiener zu gewährleisten.

Wir werden uns auch noch mehr als bisher bemühen, alle Voraussetzungen für die Ansiedlung von Industriebetrieben zu schaffen. Dazu gehört die Versorgung mit Strom, Gas, die Erschließung der Verkehrswege, die Wasserversorgung und die Kanalisation. Auf lange Sicht gesehen lohnt sich dieser Aufwand für die Stadt Wien, weil dadurch immer mehr Dauerarbeitsplätze für die Bevölkerung geschaffen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Wir haben im Budget auch für den Weiterbau der Schnellbahn vorgesorgt, weil wir der Überzeugung sind, daß sich die Vernunft durchsetzen muß. Alle Mitglieder des Gemeinderates werden wohl einer Meinung sein, daß wir die Bundesregierung dringend ersuchen müssen, den Bau der Schnellbahn in Wien fortzusetzen.

Ein anderes Problem ist der Bau der Autobahn. Die Festlegung der Trasse ist für uns eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der weiteren Verkehrsplanung in Wien. Es ist notwendig, daß man sich so rasch wie möglich über die end-

gültige Trasse einigt. Dabei dürfen selbstverständlich die Interessen Wiens nicht außer acht gelassen werden. Damit

Damit im Zusammenhang steht auch die Bewerbung Österreichs um die Weltausstellung. Sie soll nicht in unserer Stadt, aber im Raum um Wien durchgeführt werden, und zwar steht dabei Laxenburg im Vordergrund der Betrachtungen. Vizebürgermeister Slavik versicherte, daß die Stadt Wien nicht eifersüchtig ist. Wir werden vielmehr gerne bereit sein, alle Bestrebungen zu unterstützen, die die Weltausstellung nach Wien bringen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wir versprechen uns davon die Verbesserung der Beziehungen zu vielen anderen Staaten und eine Steigerung unseres Fremdenverkehrs auch in den kommenden Jahren.

Neben den positiven Aspekten gibt es natürlich auch negative Seiten bei der Aufstellung eines Budgets. In der Öffentlichkeit ist die Meinung weit verbreitet, daß es bei uns vor allem auf dem Bausektor zu langsam vorwärts geht. Der Referent sagte, er möchte dazu feststellen, daß gegenwärtig unsere Bauindustrie in ihrer Kapazität auf allen Gebieten ausgeschöpft ist. Es wäre heute völlig sinnlos, willkürlich höhere Beträge einzusetzen. Dadurch könnten nicht mehr Wohnungen gebaut und mehr Straßen hergestellt werden. Es würde nur noch länger dauern. Hier muß man allen Verantwortlichen der Bauwirtschaft sagen: versucht umzudenken! Wir müssen rationalisieren, wir müssen die Erfahrungen des Auslandes ausnützen, und so die Voraussetzungen dafür schaffen, daß mehr Wohnungen gebaut werden und daß die Straßen rascher fertiggestellt werden können. Dann werden wir im Gemeinderat auch neue Wege finden, um die Finanzierung neuer Projekte sicherzustellen.

Die Umgestaltung Wiens vollzieht sich aber nicht nur auf baulichem Gebiet. Wir müssen auch die Veränderung der sozialen Lage unserer Bevölkerung berücksichtigen und den dadurch veränderten Wünschen Rechnung tragen. Es werden daher auch Reformen auf dem Gebiet der Fürsorge und des Gesundheitswesens durchzuführen sein.

Nicht abgeschätzt kann auch heute die Entwicklung im Bezug auf den Osten werden. Niemand könne zum Beispiel heute sagen, ob der Ausbau der Wiener Hafenanlagen rentabel sein wird. Aber als

Optimisten und als Freunde des Friedens müssen wir Vorsorge treffen, für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West, um dann als der gegebene Umschlagplatz funktionieren zu können.

Zum Abschluß seiner allgemeinen Ausführungen betonte Vizebürgermeister Slavik, daß bei allen Überlegungen über den Voranschlag für das Jahr 1960 die Entwicklung Wiens in den kommenden Jahren berücksichtigt wurde.

Den Bericht über die Zahlen des Voranschlages der einzelnen Geschäftsgruppen wolle er diesmal den Amtsführenden Stadträten überlassen. Er wolle nur noch einmal mitteilen, daß der Entwurf für das Jahr 1960 Einnahmen von 5.501,4 Millionen und Ausgaben von 5.678,3 Millionen vorsieht. Der Gebarungsabgang von 176,9 Millionen beträgt nur 3,1 Prozent der Ausgaben. Es handelt sich also praktisch um ein ausgeglichenes Budget, wenn man berücksichtigt, daß 100 Millionen Schilling für unvorhergesehene Ausgaben eingesetzt sind.

Die Einnahmen gliedern sich in 1.820 Millionen Ertragsanteile, 1.155,2 Millionen Gemeindeabgaben, 2.011,2 Millionen Gebühren und sonstige Einnahmen und 515 Millionen an Darlehen für die Stadtwerke und die Bundesbahn. Auch die Einnahmen wurden durchwegs höher als im laufenden Jahr angenommen.

Zur Verwaltungsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, bemerkte Vizebürgermeister Slavik, daß hier diesmal ein geringerer Ansatz zu finden ist. Dies komme jedoch nur daher, weil große Bauprojekte fertig geworden sind, wie die Stadthalle, das Stadion und das Museum, die in den vergangenen Jahren in dieser Gruppe budgetiert waren.

Beim Wohlfahrtswesen erwähnte der Referent die Kunst einer Frau als Verwalterin. Stadtrat Jacobi habe es trotz dem Ausfall von 50 Millionen Schilling an Ausgleichszulagen nach dem ASVG verstanden, die Höhe des Fürsorgebudgets 1959 noch zu übertreffen.

Zum Gesundheitswesen bemerkte der Finanzreferent, daß die Stadt Wien derzeit leider zu den Subventionsträgern der Krankenkasse gehöre. Das ist aber wohl eine Aufgabe, die der Bund zu erfüllen hätte (Beifall bei der SPÖ). Heute zahlen die Krankenkassen der Stadt Wien 56 Schilling pro Tag und Patient.

Die Eigenkosten betragen jedoch für die Stadtverwaltung 164 Schilling, sodaß Wien täglich pro Patient 108 Schilling draufzahlen muß.

Abschließend führte Vizebürgermeister Slavik aus, er habe seine Aufgabe darin gesehen, den Gemeinderat mit den großen Problemen unserer Stadt vertraut zu machen. Wien ist heute neben dem Bund der größte Verwaltungskörper in unserem Land. Unsere Aufgabe ist es, mitzuüberlegen, wie die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in unserer Stadt in der Zukunft sein wird. Er glaube, daß das Budget für 1960 alle Voraussetzungen berücksichtigt und er hoffe, daß die wirtschaftliche Entwicklung richtig eingesetzt wurde. Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien soll auch dazu beitragen, die Existenz unserer Bevölkerung in den kommenden Jahren möglichst weitgehendst zu sichern! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Hierauf stellte der Referent die formellen Anträge.

Die Generaldebatte

GR. Lauscher (KLS) bezeichnet es als erfreulich, daß die Stadt Wien im kommenden Jahr in der Lage sein wird, nicht nur die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und zu beenden, sondern auch neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gibt dazu die Möglichkeit. Manche Dinge, die im Jahre 1960 verwirklicht werden sollen, wie zum Beispiel die Schaffung einer dritten Wiener Wasserleitung, der Bau des 3. Zentralberufsschulgebäudes, des Volksgartens am Laaer Berg und die Aufschließung von Floridsdorf und Donaustadt, gehen auf wiederholte Anträge seiner Fraktion zurück. Diese Tatsache freue ihn besonders, weil sie zeigt, daß die Tätigkeit seiner Fraktion in diesem Hause Früchte trägt. Trotzdem lasse der Voranschlag viele berechtigte Wünsche und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung offen. Die Arbeiter und Angestellten haben nur einen bescheidenen Nutzen aus der augenblicklichen Konjunktur ziehen können. Die sozialistische Gemeindeverwaltung hat die sozial Schwachen benachteiligt und hat der Politik des Finanzministers, durch die Wien immer benachteiligt wird, nicht genug Widerstand entgegengesetzt. Entgegen den Wahlversprechungen, den sozial Schwächeren zu helfen, hat die Gemeindeverwaltung seit 1954 eine Reihe von Tarif- und Gebührenerhöhungen vorgenommen.

So zum Beispiel wurden der Straßen-, Gas- und Stromtarif zweimal während der letzten Wahlperiode erhöht. Es wurden ferner die Hauskehrrichtabfuhrgebühren, die Transportgebühren für den Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, die Verpflegungsgebühren in den Jugendfürsorgeanstalten, in den Obdachlosenheimen und in den Altersheimen erhöht und die Mietzinse für Gemeindeneubauwohnungen mit sogenannter besserer Ausstattung. Durch alle diese Erhöhungen wurden der arbeitenden Bevölkerung jährlich hunderte Millionen Schilling aus der Tasche gezogen. Auf der anderen Seite jedoch verzichtet die Gemeinde auf Milliardenbeträge zugunsten des Bundes.

Im Frühjahr dieses Jahres kam es nach langen Verhandlungen zwischen der Gemeinde, den Ländern und dem Bund zum Abschluß eines neuen Finanzausgleiches, der für eine Zeit von fünf Jahren abgeschlossen wurde. Es sei jedoch bedauerlich und undemokratisch, daß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates keine Möglichkeit hatten, zu diesem Finanzausgleich Stellung zu nehmen. Der neue Finanzausgleich brachte keinen Gewinn für Wien. Er verewige vielmehr das Unrecht gegen Wien. Der Finanzminister habe es verstanden, den Löwenanteil an sich zu reißen. Die Besteuerung des Luxus durch die einmal namhafte Mittel für den Wohnungsbau aufgebracht wurden, sei durch den Finanzausgleich unmöglich gemacht worden. Diese Benachteiligung Wiens zeige sich besonders auf dem Gebiete der Gewerbesteuer, der Mineralölsteuer und des Zuschlages zur Mineralölsteuer, in der Beitragsleistung des Bundes für die öffentlichen **Krankenanstalten** und das Allgemeine Krankenhaus, im öffentlichen Gesundheitsdienst usw. Die Gemeinde brauche gesetzlich verankerte Steuereinnahmen, eine Finanzautonomie, die auch die Vorschreibung und Einhebung von Luxussteuern ermöglicht. Die arbeitenden Menschen dieser Stadt brauchen eine Steuerpolitik, die ihren Interessen Rechnung trägt und die Kapitalisten sollen zu ausreichenden Steuerleistungen herangezogen werden.

Auf dem Wohnungssektor verlangen die Sozialisten den gesetzlichen Schutz für die Wohnungsabläsen und gegen den Ablöseswucher. In Wahrheit soll er aber nur von der Verantwortung der Sozialistischen Partei an diesen Zuständen ablenken. Diese skandalöse Entwicklung haben wir in diesem Hause vorausgesagt. Vergeblich haben wir die sozialistischen Mandatäre beschworen, das Außerkrafttreten des Wohnungsanforderungsgesetzes und des Neuvermietungs-

gesetzes zu verhindern. Die Führung der Sozialistischen Partei war nicht bereit, bei ihrem Koalitionspartner die Interessen der Wohnungssuchenden durchzusetzen. Und wenn man glaubt, heute bei der Partei der Hausherren, der Österreichischen Volkspartei, durch gutes Zureden mehr Verständnis zu finden, gibt man sich wieder Illusionen hin und gibt man schon wieder die Interessen der Wohnungslosen preis. Wir verlangen neuerlich, den Interessen der Wohnungslosen und der Mieter Rechnung zu tragen.

Niemand kann leugnen, daß die Entwicklung des Verkehrs in Wien der Rathauskoalition sozusagen über den Kopf gewachsen ist. Maßnahmen, die schon vor Jahren notwendig gewesen wären, werden erst heute und sehr schleppend in Angriff genommen. Wir haben schon 1953 das Schnellbahnprojekt gefordert; es wurde zunächst bagatellisiert und erst nach Jahren aufgegriffen. Auch die Tariffrage ist bisher ungelöst. Seit Jahren haben wir die Inbetriebstellung von Autobussen und die Einstellung der Straßenbahn verlangt, um endlich dieses Hindernis zu beseitigen. Es hieß, das ist unmöglich; jetzt ist es möglich, die ersten Schritte in dieser Richtung wurden jetzt getan. Wir haben einen Einheitstarif verlangt. Man hat gelächelt. Knapp vor den Wahlen hat sich der Herr Vizebürgermeister für den Einheitstarif ausgesprochen. Es ist aber offensichtlich nichts vorgekehrt, ihn im kommenden Jahr zu verwirklichen. Auch hat der Vizebürgermeister nichts über die Höhe des Einheitstarifs gesagt. Unser Standpunkt ist: 2.20 Schilling sind genug.

GR. Lauscher wendet sich dann gegen Ausführungen des Vizebürgermeisters Slavik bei der konstituierenden Sitzung, wo er sagte, daß GR. Lauscher sich mit Bundesproblemen beschäftigt habe, da seine Partei im Nationalrat nicht mehr vertreten ist, und erklärt: Er hat dabei offensichtlich den grundsätzlichen Standpunkt unserer Fraktion übersehen, von dem wir uns seit 1945 leiten lassen, nämlich daß die Probleme Wiens untrennbar mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung verbunden sind.

Abschließend befaßt sich der Redner mit der Einstellung der Koalitionsparteien zueinander und sagt: Wir können immer wieder nur darüber staunen, welche Illusionen die führenden Funktionäre der Sozialistischen Partei über die Österreichische Volkspartei haben.

Aus der Rede des neuen Leiters der ÖVP-Fraktion im Stadtsenat, des Stadtrates Lakowitsch, gehe hervor, daß das österreichische Bürgertum und seine Partei nur unter dem Zwang der neuen Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa, der Existenz sozialistischer Staaten an den Grenzen unseres Landes, die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei bejaht und daß sich die österreichische Bourgeoisie nicht grundlegend gewandelt hat. Das bekräftigt uns in der Überzeugung, alles zu tun, das Klassenbewußtsein der Arbeiter und Angestellten zu stärken, den Kampf um einen größeren Anteil an der Konjunktur, für den Ausbau der Sozialgesetzgebung, für eine fortschrittliche Wiener Kommunalpolitik und gegen Reaktionen, Klerikalismus, Neofaschismus und für eine demokratische und friedliche Entwicklung unseres Landes zu organisieren. GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt als zweiter Debatteredner einleitend fest, daß die Zustimmung zum Voranschlag wegen des Koalitionszwanges im vorhinein gesichert ist. Er bezeichnet unter lebhaften Zwischenrufen der SPÖ die Budgetdebatte als zwecklos. Die Ansätze, sagte er, wurden bis zur letzten Post von den Magistratsabteilungen ohne Mitwirkung der Volksvertreter ausgearbeitet. Wir haben es zwar mit einer gefälligen Fassade zu tun, in Wirklichkeit sei sie aber die Diktatur eines Kreises politischer Manager. Zur ÖVP gewandt meint der Redner, sie müßte sich darüber klar sein, daß selbst bei der Schaffung eines Budgetausschusses der Mandatar an dem Voranschlagsentwurf nichts ändern könnte. Er stellt fest, daß so wie im Parlament auch im Rathaus den Entscheidungen die Koalitionsfessel angelegt wurden. Seine Fraktion habe nie daran gezweifelt, daß die ÖVP nach den letzten Wahlen wieder einem Koalitionspakt eingehen werde, auch wenn Stadtrat Lakowitsch als Grund dafür den Eisernen Vorhang und andere Argumente anführte. Der Redner meint, daß der Zug zum Futtertrog eben stärker gewesen ist. Er verweist darauf, daß immer wieder das Jahr 1934 als Argument für das Bestehen der Koalition angeführt wird, was er sehr bedauerlich finde. Daraus ergebe sich die Alternative: Koalition oder Barrikaden. Es ist kein Wunder, daß die Bevölkerung langsam die Geduld an dieser Koalition verliert, denn sie weiß, daß sie nicht mitentscheiden und mitreden kann. Die desinteressierte Bevölkerung sei Zeuge einer Staatstaltung und werde zur Ver-

teidigung dieser Demokratie keinen Finger rühren. (Lebhafte Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Zum Budget selbst sagt er, daß den Beschlüssen im Gemeinderat nur eine formelle Bedeutung zukomme und wirft die Frage auf, wie man bei einem Abgang von 176 Millionen Schilling von einem ausgeglichenen Budget reden kann. Er bedauere, daß man in Zeiten der Hochkonjunktur ein defizitäres Budget vorlegt. Der Redner erklärt, daß Wien zu stark von der Finanzpolitik des Bundes abhängt, denn volle 36,5 Prozent der Einnahmen erhalten wir nicht auf Grund der eigenen Budgethoheit. Die Ursache dieser Entwicklung ist im Finanzausgleich zu suchen. Die Gewerbesteuer, erklärte der Redner, kommt zu 60 Prozent den Gemeinden zu. Wenn der Bund sie aber nicht einhebt, dann bekommen sie eben weniger. Auch bei der Einkommensteuer, die vom Verfassungsgerichtshof als gesetzwidrig aufgehoben wurde, ist es nicht anders. Er stellt fest, daß seit Jahren ein stiller Ausgleich zu ungunsten der Länder im Gange ist, was beim neuen Finanzausgleich wieder deutlich in Erscheinung getreten ist. Das Abzweigen von 40 Prozent der Gewerbesteuer bezeichnete er als eine arge Enttauschung für Wien und erinnerte daran, daß die FPÖ im Parlament dagegen gestimmt hat.

Aus dem Bereich der Abgaben kritisiert er die Getränkesteuer und die Vergnügungssteuer. Beide werden als drückend empfunden. Die progressive Vergnügungssteuer, sagt er, sei schuld daran, daß in Wien niemand Lust zur Veranstaltung von großen internationalen Sportereignissen hat. Sie ist im Vergleich mit anderen Großstädten exorbitant hoch und sollte daher herabgesetzt werden. Im Zusammenhang mit der Vergnügungssteuer verweist er noch darauf, daß bei uns immer weniger echte Wiener Musik zu hören ist, was auch von den ausländischen Gästen Wiens kritisiert werde. Der Redner unterstreicht die Ausführungen des Bürgermeisters, daß die Wohnungsnot in Wien heute nicht so sehr ein Problem der Quantität als vielmehr der Qualität sei. Vor allem handelt es sich um die Unterbringung der Notstandsfälle. Dr. Schmidt verlangt eine unparteiische und objektive Vergebung der Wohnungen und schlägt vor, zu diesem Zweck eine Kommission unter richterlichem Vorsitz einzusetzen.

Bei der Lösung von Verkehrsfragen könne man überhaupt kein Konzept erkennen. Schon bei der Verkehrsenquete im Jahre 1955 wurde eine zweite Verkehrsebene verlangt. Aber bis heute weiß man nicht einmal, wie diese zweite Verkehrsebene aussehen soll.

Auch das Gesundheitswesen sei kein Ruhmesblatt für unsere Stadt. Wir sehen täglich die katastrophalen Auswirkungen der Bettennot und müssen erleben, daß sich die Rettungsmannschaften um den Patienten streiten. Die Unterbezahlung der Ärzte und des Pflegepersonals sei ebenfalls ein sehr trauriges Kapitel.

Bei der Gruppe Kultur bemängelt Dr. Schmidt, daß die Ausgaben um zehn Prozent gekürzt wurden. In Wien wie auch beim Bund wird also die Kultur zum Stiefkind der Verwaltung gemacht.

Der Redner beschäftigt sich dann auch mit dem Jugendproblem und verlangt eine Stärkung der Autorität der Erzieher. Wir werden den jungen Menschen auch von den Pflichten sagen müssen, die die Jugend gegenüber den Mitmenschen, gegenüber dem ganzen Volk hat. Vor allem gilt es, die jungen Leute vor verderblichen Einflüssen zu schützen.

Abschließend sagt GR. Dr. Schmidt, der Voranschlag 1960 sei für die FPÖ eine arge Enttäuschung. Wesentliche Forderungen seiner Partei wurden nicht berücksichtigt, wichtige Fragen wurden nicht gelöst. Seine Fraktion könne daher dem Budget nicht zustimmen.

GR. Bittner (ÖVP) erklärt, der Voranschlag erlaube die erfreuliche Feststellung, daß der Haushalt dieser Stadt ausgeglichen und die Stadtverwaltung dank der Steuerkraft der Bevölkerung in der Lage ist, viele kommunale Aufgaben zu erfüllen. Das Budget spiegelt die allgemeine gute Wirtschaftslage unseres Landes wider. Der Finanzausgleich bringe unserer Stadt auf Grund des neuen Finanzausgleiches mehr Mittel als bisher.

Als erfreulich bezeichnet der Redner auch die höheren Ansätze für die Förderung von Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, die Verdoppelung des Betrages für die Wiener Festwochen, die vielen Millionen für Fortsetzungs- und Neubauten von Schulen und Volksheimen, von Spitälern, die Brücken-, Wasser- und Straßenbauten, die weitere Ausgestaltung der Gärten, den Ausbau der Kanal- und Wasserwege, der öffentlichen Beleuchtung, die Anschaffungen von Straßenreinigungsmaschinen, den Bau von 9.500 Wohnungen usw.

Nicht vergessen dürfe man das große Investitionsprogramm der Stadtwerke und die Planung der nächsten großen Bauaufgaben, wie Großmarkthalle, dritte Wasserleitung, drittes Berufsschulgebäude und das Allgemeine Krankenhaus.

GR. Bittner stellt fest, daß die beiden großen Parteien seit 1945 eine Koalition bilden. Für die Volkspartei war es zwar nicht immer leicht, sich gegenüber der absoluten Mehrheit der Sozialisten zu behaupten, man habe aber trotz verschiedener Weltanschauungen in gemeinsamer Arbeit für die Stadt viel Positives geleistet. Die Kritik, die die Vertreter der Volkspartei an verschiedenen Einrichtungen und Praktiken der Stadtverwaltung üben, werde aus Verantwortung und nicht zu billiger Propagandawirkung gemacht. Natürlich gibt es Interessensgegensätze zwischen Bund und allen Bundesländern. Natürlich vertritt der Bund seine Interessen und die Länder die ihren. Unrichtig sei jedoch, wenn immer wieder behauptet wird, die ÖVP in diesem Hause würde nicht oder nicht energisch genug die Wiener Interessen dem Bund gegenüber vertreten. Die Wiener ÖVP-Mandatare vertreten voll und ganz alle berechtigten Interessen und Ansprüche dieser Stadt sowohl dem Bund als auch allen anderen Ländern gegenüber. Sie haben auch wiederholt in Verhandlungen viel für Wien erreicht. Die Volkspartei sei der Meinung, daß die öffentliche Hand eine der Gemeinschaft dienende Funktion auszuüben haben. Sie bekenne sich zum Subsidiaritätsprinzip auch in der Kommunalpolitik. Man soll nicht immer alles selber machen wollen, sondern helfen, die Privatinitiative zu unterstützen. So haben zum Beispiel zwei sozialistisch verwaltete Städte wie München und Hamburg weite Bereiche des Fürsorgewesens in den Händen privater, meist religiöser Organisationen belassen, die von den Stadtverwaltungen unterstützt werden.

Besonderes Augenmerk müsse man der Erhaltung des Antlitzes unserer Stadt zuwenden. Wien wird in Zukunft mehr als bisher seinem Ruf als Stadt der Wissenschaft gerecht werden müssen. Dazu wird es notwendig sein, Wohngelegenheiten für in- und ausländische Studenten zu schaffen. Der geplante Bau eines Studentenheimes ist sehr zu begrüßen und es ist zu hoffen, daß er nur einen Anfang weiterer Bemühungen auf diesem Gebiet darstellt.

Der Redner fordert ferner, die Privatschulen einer öffentlichen Schule gleichzusetzen, der Lösung des Wohnungsproblems vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken und alle Bauwilligen zu unterstützen. Alles getan werden müsse auch, um den Althausbestand zu erhalten und zu modernisieren. Auf dem Verkehrssektor dürften nicht bloße Milderungen erzielt werden, sondern endgültige und zufriedenstellende Lösungen. Die Stadtplanung müsse ihre ganze Kraft auf die Schaffung eines Generalverkehrsplanes konzentrieren.

In der Frage der Schaffung einer zweiten Verkehrsebene denken bei einer Mehrheitspartei manche doch anders als früher. Wir sind der Meinung, daß es unbedingt zu einer zweiten Verkehrsebene kommen muß, weil nur so wirklich das Verkehrsproblem gelöst werden kann.

Wir haben auch das größte Interesse daran, daß der Bau sowohl der Autobahn als auch der Schnellbahn bald und energisch in Angriff genommen wird. Wien darf keine schlechtere Behandlung erfahren als die anderen Bundesländer. Als nächste Rate soll die Autobahn von Preßbaum bis zum Auhof gebaut werden. (Stadtrat Heller (SPÖ): Dort lösen wir den Verkehr auf?) Darüber werden wir weiter verhandeln. Wir sind durchaus bereit, mit Ihnen die Verantwortung zu teilen. Auch der Bau der Schnellbahn soll so rasch wie möglich weitergeführt werden. Wir hoffen nur, daß auch Minister Waldbrunner das gleiche Verständnis haben wird, denn es fällt in sein Ressort. (Zwischenrufe bei den Sozialisten). Diese Frage sollte ehestens in Angriff genommen werden.

Es ist notwendig, jene Atmosphäre zu schaffen, in der in voller Sachlichkeit alle unsere Probleme einvernehmlich gelöst werden können. (Beifall bei der ÖVP). Weil wir der Meinung sind, daß dieser Voranschlag geeignet ist, der Bevölkerung Arbeit, Sicherheit und größeren Wohlstand und Optimismus für die Zukunft unseres geliebten Wien zu geben, wird meine Fraktion den Ansätzen dieses Voranschlages ihre Zustimmung erteilen.

GR. Marek (SPÖ) schildert in anschaulicher Weise den Aufstieg Wiens aus der Zeit von 1945, als die Hoffnungslosigkeit die Wiener Bevölkerung zu lähmen drohte, bis in die Gegenwart. Im Jahre 1945 wurde mit Einnahmen von 251 Millionen gerechnet, heute haben wir über die Verwendung von 5.501 Millionen zu entscheiden.

Bis Ende 1960 werden wir im Interesse der Wirtschaft und des Wohlstandes der Wiener Bevölkerung insgesamt 45.7 Milliarden eingenommen und 45.9 Milliarden ausgegeben haben. So steht das Budget im Zeichen der Arbeitsbeschaffung. Wenn die ÖVP 1954 in ihrer Wahlbroschüre meinte, die Sozialisten präsentieren den Wienern die Wünsche aus einem Traumbüchl, dann muß ich sagen: durch unsere Arbeit sind die Träume Wirklichkeit geworden. (Beifall bei der SPÖ). Und 1959 haben uns 558.521 Frauen und Männer legitimiert, die Arbeit, die wir 1945 begonnen haben, fortzusetzen. Sie haben uns damit gleichzeitig das Vertrauen ausgesprochen, das uns eine Verpflichtung ist. Das Wahlprogramm, das wir den Wienern vorgelegt haben, ist das Regierungsprogramm der Mehrheit dieses Hauses.

Der Redner wendet sich dann der Besprechung einzelner Probleme zu und erklärt zum Schulwesen: Wir haben unerhörte Beträge für die Ausgestaltung der Schulen aufgebracht. Aber so vorbildlich diese Tätigkeit ist, wird es auch Aufgabe der Pädagogen sein, der Jugend jenes Staatsbewußtsein beizubringen, das in dem Satz gipfelt: Ihr seid Bürger Österreichs und habt alle Ursache, stolz zu sein. Und wir haben nicht nur ein österreichisches Vaterland, wir haben auch ein österreichisches Wien, und für dieses österreichische Wien werden wir mit ganzer Liebe arbeiten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

GR. Marek begrüßt den Appell Vizebürgermeister Slaviks zur Beschleunigung beim Bau des Allgemeinen Krankenhauses und fordert eine allseitige Unterstützung. Er beschäftigt sich mit den von der ÖVP im Wahlkampf vorgebrachten Vorwürfen, daß die Sozialisten im Wiener Rathaus wenig für die Planung übrig hätten, und wendet sich gegen die gleichfalls im Wahlprogramm der ÖVP enthaltenen Feststellung, daß es in Wien eine Verwaltung "eines entfremdenden sozialistischen Bonzentums" gebe. Der Redner erklärt, daß solche Methoden im Interesse der Zusammenarbeit nicht gebraucht werden sollten. Er wendet sich auch gegen die Ansicht, daß eine Koalition mit Vorbehalt eingegangen werden könnte. Wenn die Kommunisten oder die Freiheitlichen die Frage stellen, sagte er weiter, wann wir endlich einmal etwas von der Wiener Stadtplanung sehen werden, dann könne man sie noch hinnehmen. Aber eine solche Frage, aus-

gesprächen von Stadtrat Lakowitsch, muß doch befremdend wirken. GR. Marek meint, daß Stadtrat Lakowitsch bekannt sein müßte, daß die Planung in Ausarbeitung gegeben wurde und für die Fertigstellung dieser Arbeit eine Frist gesetzt ist. Die Planungsarbeiten sind bis jetzt termingemäß verlaufen. Er beschäftigt sich dann mit Äußerungen, die die Benachteiligung Wiens betrafen, und meint, daß wir es hier mit Ressentiments aus früheren Zeiten zu tun haben. Sonst könnte man sich die Behandlung der Bundeshauptstadt wie etwa bei der Planung der Autobahn nicht vorstellen.

Zum Assanierungsprogramm der Gemeinde Wien erklärt er, die Sozialisten waren üble Demagogen, würden sie nicht alles daransetzen, die Sünden des vergangenen Jahrhunderts zu beseitigen. Angesichts der großen Leistungen der Gemeinde Wien im Wiederaufbau könne er nicht verstehen, warum die ÖVP in ihrem letzten Wahlprogramm Wien als Stadt ohne Wohnraum bezeichnete. Vergleiche, die mit deutschen Städten und ihren Planungen angestellt werden, sind hier kaum am Platze. Dort wurden Städte vollkommen verwüstet und die Stadtplaner konnten unter völlig anderen Voraussetzungen planen. Er erinnerte dann daran, daß nach den Erhebungen aus dem Jahre 1901 in Wien 563.000 Wohnungen gezählt wurden. Es wurden aber damals auch in einem einzigen Jahr 29.000 Delogierungen und 60.000 Bettgeher registriert. Die damalige Gemeindeverwaltung hatte für die Wohnungssorgen der Bevölkerung kein Gehör. Es ist begreiflich, wenn man weiß, daß im damaligen Wiener Gemeinderat 75 Gemeinderäte Hausbesitzer waren.

In diesem Zusammenhang setzt sich GR. Marek für eine baldige Schaffung des Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes ein.

Der Generaldebatterredner der SPÖ begrüßt auch die vom Vizebürgermeister Slavik angekündigte Errichtung eines internationalen Studentenheimes mit 300 Betten, ebenso seine Erklärung, daß im Jahre 1966 hier eine Weltausstellung stattfinden wird.

An der Rede des Vertreters der Kommunisten bemängelte er vor allem das Fehlen einer konstruktiven Kritik. Zur Forderung seines Vorredners, man solle eine Reihe städtischer Fürsorge-

einrichtungen subsidiär von privaten Organisationen leiten lassen, erklärte er, daß seine Fraktion sich dagegen ausspreche. (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es solle endlich damit Schluß gemacht werden, die Sozialisten zu diffamieren und zu beleidigen, die die Verantwortung tragen. Der Redner erklärte, daß die Sozialisten stolz sind, von der Wiener Bevölkerung dazu berufen worden zu sein, in den nächsten Jahren an der Ausgestaltung unserer Stadt mitzuarbeiten. Wir bejahen selbstverständlich die Zusammenarbeit, aber in einer anderen Atmosphäre. Wir versichern, daß das Wahlprogramm der SPÖ, das das Regierungsprogramm des Wiener Gemeinderates ist, durchgeführt werden wird. In diesem Sinn geben wir die Zustimmung zu den Ansätzen des Voranschlages und in diesem Sinn wollen wir an die Arbeit gehen! (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Slavik dankte in seinem Schlußwort für die gute Beurteilung, die der Voranschlag im Gemeinderat gefunden hat. Er hoffe, daß alle Wünsche im Jahre 1960 in Erfüllung gehen werden, die man an das Budget knüpft.

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit den Ausführungen der Debattenredner und sprach zunächst zu GR. Lauscher. Wenn dieser gemeint hat, es könnte noch mehr gemacht werden, so muß dazu gesagt werden, daß die Stadt Wien ihre Finanzkraft nicht in einem Jahr erschöpfen will. Außerdem aber wurde schon gesagt, daß wir auf dem Bausektor technisch gar nicht mehr leisten können.

Zu der Kritik an den Tarifierhöhungen: es wird kaum eine Stadt geben, in der der Stromtarif effektiv niedriger ist als im Jahre 1937. Die Erhöhung des Gaspreises wiederum ist unter der Kalorienerhöhung geblieben, was also eigentlich eine Ermäßigung bedeutet. Eine echte Tarifierhöhung ist die bei den Verkehrsbetrieben, die heute noch unser Sorgenkind sind. Der Referent weist auch den Vorwurf der Zinserhöhung bei Gemeindewohnungen zurück, da es sich hier doch um viel besser ausgestattete Wohnungen handelt.

Was die Vorwürfe über den Finanzausgleich betrifft, meinte Vizebürgermeister Slavik, habe er hier kein schlechtes Gewissen. Die Ertragsanteile sind um 410 Millionen Schilling gestiegen.

Die Gemeindeautonomie kann nur auf einer sicheren finan-

ziellen Grundlage basieren. Und das war eben der Grund für die Änderung des Finanzausgleiches: die Unsicherheit für die kleinen und mittleren Gemeinden zu beseitigen, die oft auf Gedeih und Verderb mit einer einzigen Firma verbunden sind.

Was die Staatsvertragsverpflichtungen anlangt, so wird es wohl niemanden in Österreich geben, der darüber begeistert ist. Aber schließlich standen wir vor der Frage, einen Staatsvertrag zu bekommen oder nicht. Und da war es wohl besser, die Verpflichtungen auf sich zu nehmen.

Neuvermietungsgesetz: die Sozialisten waren bereit, dieses Gesetz weiter bestehen zu lassen. Die Kommunisten hätten also besser die Vertreter der ÖVP beschwören sollen.

Zu der konkreten Frage nach dem neuen Straßenbahntarif müsse er GR. Lauscher leider noch um etwas Geduld bitten. Er habe schon einmal gesagt, der Einheitstarif muß kommen und er wird kommen, aber die Fachleute müssen zuerst sagen, welchen Tarif sie sich vorstellen. Es gibt ja zum Beispiel auch einen einheitlichen Tarif der auf Zonen aufgebaut ist. Auch beim Wassertarif wollen wir eine einheitliche Gestaltung.

GR. Lauscher habe sich auch sehr viel mit Fragen der Bundespolitik beschäftigt. Der Referent meint, er könne das verstehen, denn die Kommunisten haben kein anderes Forum mehr, um über diese Dinge zu sprechen.

Vizebürgermeister Slavik kommt sodann auf die Rede des FPÖ-Gemeinderates Dr. Schmidt zu sprechen, der viele Dinge grundlegend falsch beurteilte. Die Budgetdebatte sei keinesfalls zwecklos und der Voranschlag liege nur aus dem Grund bereits gedruckt vor, weil eine große Zahl von Voranschlägen gebraucht werde, die man nicht alle mit der Hand schreiben könne. Es stehe allen Gemeinderäten während der Budgetberatungen das Recht zu, Abänderungsanträge und Vorschläge zu erbringen. Es ist selbstverständlich, daß nicht die Parteisekretariate diesen Voranschlag erstellen, sondern daß er in monatelanger Arbeit von den einzelnen Magistratsabteilungen erstellt wird. Der heurige Rohentwurf dieses Voranschlages wies einen Abgang von rund 700 Millionen Schilling auf. Er wurde dann solange korrigiert, bis man nach der Dringlichkeit der Aufgaben zu einem annehmbaren Voranschlag kam, der den finanziellen Gegebenheiten entspricht. Es handelt sich bei diesem Voranschlag um ein Produkt demokratischer Überlegungen. Es sei daher nicht nötig, daß die FPÖ Lehren

./.

über demokratische Formen erteilen will. Die verantwortlichen Männer und Frauen in diesem Hause haben bereits viele Systeme kennengelernt und sind dadurch zu überzeugten und fanatischen Demokraten geworden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Wenn GR. Schmidt meinte, SPÖ und ÖVP seien in diesem Hause auf Gedeih und Verderb verbunden, könne man nur erwidern, daß man mit der Sozialistischen Partei nur auf Gedeih verbunden sein könne. (Beifall bei der SPÖ.) Die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien habe sich im ganzen Lande bewährt und ist der Hauptfaktor für den günstigen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg unseres Landes und unserer Stadt.

Zur Kritik an der Finanzpolitik ist zu sagen, daß die Finanzpolitik sich der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung anpassen müsse. Die einheitliche Einhebung der Hebesätze für die Gewerbesteuer für das ganze Bundesgebiet habe gleichfalls ihren guten Grund. Es wird dadurch das Abwandern von Industrieunternehmungen verhindert. Zur Frage der Getränkesteuer ist zu sagen, daß diese allein vom Konsumenten bezahlt wird. Es wurden 9.780 Revisionen bezüglich der Einhebung der Getränkesteuer durchgeführt. Hievon wurde das Ergebnis in nur 63 Fällen nicht freiwillig anerkannt. Bei der Vergnügungssteuer wurden 907 Überprüfungen durchgeführt. Hier wurden vier Überprüfungsergebnisse nicht freiwillig anerkannt. Man kann also sagen, daß die Steuermoral in Wien sehr gut ist. Erst durch diese Steuermoral kann eine wirkliche Steuergerechtigkeit entstehen. Zur Kritik, daß zu wenig Wiener Musik in den Wiener Kaffeehäusern gebracht werde, ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung hier bereits eine Aktion eingeleitet hat, die Abhilfe schaffen soll. Wenn GR. Dr. Schmidt den Bau von rund 9.000 Wohnungen jährlich als zu gering bezeichnet, könne man ihm nur erwidern, daß die Wohnungsnot in Wien lange nicht so groß wäre, wären während des Krieges nicht 86.000 Wohnungen zerstört worden. Was hätte außerdem in dieser Zeit noch alles gebaut werden können. Es wäre dann heute der Mangel an Wohnungen behoben. Noch nicht behoben sei der Qualitätsmangel. Es ist leider in den alten Häusern vielfach nicht möglich, Klosette und Wasseranschlüsse in den einzelnen Wohnungen herzustellen.

Die Gemeindeverwaltung hat sich auch auf diesem Gebiet bemüht und für diesen Zweck Kredite gewährt. Die Beamten, die mit der Vergabung der Gemeindewohnungen beschäftigt sind, bemühen sich nach einer möglichst gerechten Beurteilung der einzelnen Wohnungsfälle. Es sei aber schwer, aus 35.000 Bewerbern die Bedürftigsten herauszufinden.

Vizebürgermeister Slavik wandte sich dann entschieden gegen eine Darstellung, als ob die Empfehlungen der Verkehrsenquete nicht berücksichtigt würden. Von den 109 Empfehlungen sind 76 bereits in Arbeit, zum Teil auch durchgeführt. Es wurden bereits verschiedene Kreuzungen umgebaut - Opernkreuzung, Südtiroler Platz, Praterstern usw. - an Parkgaragen wird gearbeitet, ebenso an der Schnellbahn und an der Umstellung von Straßenbahn auf Autobusbetrieb. Freilich wird es auch nach der Fertigstellung des Generalverkehrsplanes noch Jahre dauern, bis alle Probleme gelöst sind. Eine große Rolle spielt die Trassenführung der Autobahn, und erst wenn die Autobahn festgelegt sein wird, wird es zu einer endgültigen Planung des Straßennetzes kommen. Die Fachleute sind jedenfalls sehr bemüht, die Empfehlungen der Verkehrsenquete zu verwirklichen.

Bei der Jugenderziehung ist die beste Methode Verständnis und Liebe für die Kinder. Die Jugend wird vielfach völlig falsch beurteilt. Die Pülcher waren früher nicht besser als heute die Halbstarcken. Aber die andere Jugend stellt sich eine Nacht lang um Theaterkarten an oder spart tausende Schilling für einen Rettungswagen usw. Über diese 90 oder 95 Prozent der Jugend sollen wir uns freuen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

ÖVP-GR. Bittner schließe aus der Charta der Menschenrechte, daß die privaten Schulen genauso zu behandeln sind wie die öffentlichen. Das ist völlig falsch. In der Charta heißt es, daß auch die Religionsfreiheit in der Schule gewährleistet sein muß. Es wird niemand behaupten können, daß bei uns die Religionsausübung in der Schule in irgend einer Form behindert wird.

Wir sind nicht dagegen, daß die private Fürsorge mit herangezogen wird. Soweit sie auf das Opfer derjenigen aufgebaut ist, die sich dafür zur Verfügung stellen, sagen wir ja dazu. Soweit sie auf Vereinsmeierei aufgebaut ist und vielleicht nur ein Nebeneinkommen auf Kosten der öffentlichen Hand beschafft werden soll, sagen wir nein.

Hierauf wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP das 2. Hauptstück - Finanzwesen - angenommen. Die neun Erinnerungen werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. ./.

. 1. Hauptstück: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und
=====
Betriebsreform
=====

Über die Ansätze der Geschäftsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform referierte Stadtrat Riemer (SPÖ). Er stellte fest, daß das Personalreferat so wie im Jahre 1958, auch in diesem Jahr im Zeichen der Arbeitszeitverkürzung stand. Während im Vorjahr die Arbeitszeit, vor allem in jenen Dienststellen auf 45 Stunden wöchentlich gekürzt wurde, wo diese Kürzung ohne Personalvermehrung und sonstige Personalmehrkosten möglich war, wurde im Jahre 1959 die Kürzung der Arbeitszeit auch in den übrigen Dienststellen und Unternehmungen vorgenommen, wo damit eine Vermehrung des Personals verbunden war. Die Durchführung dieser Absicht, die den Wünschen des Personals entgegenkommen wollte, war eine Aufgabe ganz großer Dimension und sie konnte bei der starken Differenzierung des Gemeindedienstes nur Zug um Zug realisiert werden.

Wo die sofortige Durchführung der 45-Stunden-Woche durch organisatorische Maßnahmen, Vereinfachungen und Ersparnisse erreicht werden konnte, wurde sie sofort in die Praxis umgesetzt. In allen anderen Fällen wurden die Grundsätze der 45-Stunden-Woche festgelegt, die Dienstpläne darnach umgebaut und für die sich daraus ergebenden Mehrdienstleistungen über 45 Stunden die entsprechenden Vergütungssätze vereinbart. Wo eine Abgeltung in Freizeit möglich ist, wird sie in dieser Form gegeben, wo aber der noch vorherrschende Personalmangel dies nicht gestattet, wird diese Mehrarbeitsleistung der Übergangszeit finanziell abgegolten. Dieser Ausweg mußte vorerst im Pflegedienst, bei der Feuerwehr und insbesondere für das Betriebspersonal der Verkehrsbetriebe getroffen werden. Es kann sich dabei freilich nur um eine Übergangsmaßnahme handeln, denn das Personal wünscht die vermehrte Freizeit und es liegt auch im Interesse des Dienstes, daß die Überstunden wieder verschwinden und der Dienst von einem ausgeruhten und nach jeder Richtung leistungsfähigen Personal versehen wird.

Die Bediensteten anderer Dienstzweige, wo die 45-Stunden-Woche schon eingeführt war, haben den Wunsch vorgebracht, den

Samstag ganz freizugeben und zur reinen Fünf-Tage-Woche überzugehen. Nach Prüfung der Gegebenheiten konnte im allgemeinen diesem Wunsch entsprochen werden und seit November dieses Jahres gilt daher im Verwaltungsdienst der Stadt Wien und der Städtischen Unternehmungen, wo nicht Interessen des Publikums entgegenstehen, die Fünf-Tage-Woche. Derzeit haben rund 45 Prozent der städtischen Angestellten das auf diese Weise verlängerte Wochenende. Der Wunsch des städtischen Personals nach der gekürzten Arbeitszeit wurde also grundsätzlich für alle Bediensteten erfüllt. Finanziell bedeutet dies freilich eine spürbare Belastung. Die restlose Einführung der 45-Stunden-Woche zwingt zur Erhöhung des Personalstandes in den Spitälern und Wohlfahrtsanstalten um rund 800, bei den Verkehrsbetrieben um rund 500 Bedienstete. Dabei ist zu berücksichtigen, daß gemäß einer im Vorjahre gegebenen Zusage der Verwaltung zur Entlastung der Krankenschwestern weitere Posten für Stationsgehilfinnen geschaffen werden sollen. Es sind dafür im Dienstpostenplan für 1960 zusätzliche 140 Dienstposten vorgesehen.

Für 1960 ist also mit einer beträchtlichen Erhöhung des Personalstandes zu rechnen. Sie ist bedeutender als im abgelaufenen Jahr, und zwar steigt der Personalstand beim Magistrat um 1.031 Dienstposten auf 34.693 Bedienstete, bei den Wiener Stadtwerken um 421 Dienstposten auf 19.295 Bedienstete. Insgesamt wird die Stadt Wien im Jahre 1960 einen Personalstand von 53.988 gegen 52.536 Bedienstete des Vorjahres aufweisen. Die Vermehrung geht restlos auf den Personalmehrbedarf, der durch die Einführung der 45-Stunden-Woche in den kontinuierlichen Dienststellen und Betrieben erwachsen ist, zurück.

Eine spürbare Steigerung erfährt aber auch die Zahl der Empfänger von Pensionen und Ruhegehältern. Beim Magistrat steigt die Zahl der Pensionisten von 14.800 auf 15.153, bei den Stadtwerken von 19.344 auf 19.531.

Die Stadt Wien wird also im nächsten Jahr für 34.684 Pensionisten zu sorgen haben. Das sind um 540 mehr als im Jahre 1959. Auffallend ist das neuerliche Ansteigen der Zahl der Pensionisten der Wiener Stadtwerke, wo 19.295 Aktiven 19.531 Pensionisten gegenüberstehen. Der Personalaufwand des Magistrates beträgt für das kommende Jahr 1.657 Millionen Schilling, das

sind 32.1 Prozent gegenüber 1.497 Millionen Schilling, das sind 30.4 Prozent des Jahres 1959.

Es ergibt sich also eine Steigerung des Personalaufwandes des Magistrates um 160 Millionen Schilling.

Der Personalaufwand für das Jahr 1960 zeigt somit ein stärkeres Ansteigen als die Entwicklung des Personalstandes gegenüber 1959. Dies ist darauf zurückzuführen, daß nicht nur die Bezüge für eine größere Bedienstetenzahl zu präliminieren waren, sondern hier wirkt sich der volle 14. Monatsbezug aus, der 1960 zum ersten Male fällig wird. Die Steigerung der Personaltangente von 30.4 Prozent des Vorjahres auf 32.1 Prozent darf wohl als beherzigenswerte Mahnung aufgefaßt werden. Sie bleibt aber immerhin noch unter 33 Prozent der Gesamtausgaben die in der internationalen Kommunalpolitik als normaler und gesunder Personalkostensatz gelten.

Der Personalaufwand der Wiener Stadtwerke weist selbstverständlich auch eine entsprechende Steigerung auf, und zwar von 1.221 Millionen Schilling auf 1.315.1 Millionen Schilling.

Magistrat und Stadtwerke zusammen rechnen somit für das kommende Jahr mit Personalauslagen von 2.972 Millionen Schilling, also fast drei Milliarden. Für Ruhe- und Versorgungsbezüge werden davon 758.4 Millionen Schilling, das ist rund ein Viertel, aufgewendet.

Auch das Jahr 1959 stand wieder im Zeichen einer weitgehenden Verjüngung des städtischen Personals. Aus dem magistratischen Dienst sind 1.139, aus den Diensten der Wiener Stadtwerke 1.116 Bedienstete ausgeschieden. Der Abgang war in diesem Jahr beim Magistrat milder als im Jahr vorher, dagegen bei den Stadtwerken radikaler, was umso stärker trifft, als es sich bei den Stadtwerken hauptsächlich um ausscheidende Verkehrsbedienstete handelt, für die nur sehr schwer ein Ersatz gefunden werden kann. Von den 2.255 ausgeschiedenen Bediensteten sind 1.274 in den dauernden Ruhestand getreten.

621 Vertragsbedienstete sind wegen Erreichung der Altersgrenze ausgeschieden und in die Rente gegangen. Die Zahl der aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand getretenen Bediensteten beträgt also 1.895, das sind nicht weniger als 84 Prozent. Durch Tod sind 102 Bedienstete abgegangen, das sind fünf Prozent der Ausgeschiedenen. Bedauerlicherweise haben drei Bedienstete der Stadtwerke in Ausübung ihres Dienstes bei Unfällen tödliche Verletzungen erlitten.

In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 2.239 neue Bedienstete aufgenommen, für den Magistrat 1.392 Bedienstete, darunter 97 Maturanten und 90 Stenotypisten, für die Stadtwerke 847 Bedienstete. Es gilt aber nicht nur für die Ausgeschiedenen Ersatz zu schaffen, sondern manche durch Pensionierung frei gewordene Stelle muß innerhalb eines Kalenderjahres mehrmals besetzt werden. Dies gilt insbesondere für Pflegerinnen und Hauspersonal in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten und für unsere Schaffnerinnen. In diesen Dienstzweigen ist leider eine starke Fluktuation zu bemerken. Bei den im Verkehrsdienst stehenden Bediensteten der Wiener Stadtwerke war im Oktober dieses Jahres ein Personalmanko gegenüber dem Stellenplan 1959 von 350 Bediensteten; gegenüber dem Stellenplan 1960, der den erhöhten Personalbedarf auf Grund der 45-Stunden-Woche aufweist, ergibt sich sogar ein Personalmanko bei den Verkehrsbetrieben von 800 Bediensteten.

Der städtische Dienst leidet aber auch empfindlichen Mangel an Technikern. Immer wieder bleiben Dienstposten für Diplomingenieure, insbesondere im Baufach, Maschinenbau und bei der Wiener Feuerwehr unbesetzt und können trotz öffentlicher Ausschreibung lange Zeit nicht besetzt werden. Das Personalreferat wird daher in Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Dienststellen der Stadt Wien neue Wege zur Beschaffung des entsprechenden Akademikernachwuchses suchen müssen.

Die Stadt Wien übt auch die Diensthochzeit über 5.417 Pflichtschullehrer und 963 Berufsschullehrer aus.

Die Dienstordnung für die Bediensteten der Bundeshauptstadt Wien einschließlich der Besoldungsordnung hat im Jahre 1959 zwei Novellierungen erfahren. Die 15. Novelle zur Dienstordnung hat vor allem die Mindestpensionen auf die im ASVG vor-

gesehenen Sätze erhöht; durch die 16. Novelle zur Dienstordnung wurde der volle 14. Monatsbezug begründet und die Haushaltszulage auch für ledige weibliche Bedienstete, die einen Haushalt führen, eingeführt.

Als ein Schmerzenskind auf dem Gebiete des Dienstrechtes bezeichnet Stadtrat Riemer die Kindergärtnerinnen. Durch eine Bestimmung im Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz aus dem Jahre 1948 sind die Kindergärtnerinnen aus dem Dienstrecht der Stadt Wien ausgeschieden worden; der Bund hat es aber bis heute verabsäumt, dienstrechtliche Bestimmungen für die Kindergärtnerinnen zu schaffen. Dadurch ist diese große Bedienstetengruppe praktisch ohne systematisches Dienstrecht, weil dem Land Wien durch das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz des Bundes die Kompetenz zur Regelung dieser Dienstrechtsmaterie entzogen worden ist. In der Praxis genießen die Kindergärtnerinnen als Bedienstete des Landes Wien freilich den gleichen Schutz wie früher. Im Einvernehmen mit der Gewerkschaft wurde ein Ausweg gesucht, der es möglich macht, auch den Kindergärtnerinnen zur Anrechnung ihrer Vordienstzeiten zu verhelfen. Die wöchentliche Arbeitszeit der Kindergärtnerinnen wird ab Jänner 1960 um zwei Stunden gekürzt.

Stadtrat Riemer befaßt sich hierauf mit dem Problem der Mangelberufe und bespricht zunächst die Situation auf dem Sektor der Krankenpflegerinnen. Es trifft nicht zu, wie manchmal angenommen wird, daß wir derzeit weniger Pflegerinnen haben als früher. Wir haben viel mehr als jemals vorher im Dienste der Stadt Wien waren. Im Jahre 1937 waren in den Spitälern und in den Wohlfahrtsanstalten, über die die Stadt Wien heute verfügt, 3.955 Schwestern tätig, heute sind es 6.038. Unsere Situation hat sich also absolut verbessert. Aber die moderne Medizin braucht viel mehr Schwestern, und wir würden daher, obwohl wir heute mehr Schwestern haben, noch mehr Schwestern brauchen. So müssen wir uns heute zum Teil mit Hilfs-schwestern behelfen. Es ist auch nicht richtig, daß sie so schlecht bezahlt sind.

Eine Krankenschwester, die ihre dreijährige Diplombildung, die ihr bezahlt wird, beendet hat und mit 20 1/2 oder 21 Jahren in den städtischen Dienst tritt, erhält monatlich 1.550 Schilling brutto, wozu noch Erschwerniszulagen oder Gefahrenzulagen kommen. Eine Gleichstellung der Krankenschwestern mit den Maturanten würde allerdings das ganze Bezugsschema des öffentlichen Dienstes in Bewegung bringen. Wer also von einer Gleichstellung spricht, erweckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Bei den Propagandisten dieser Forderungen kann es sich nur um Menschen handeln, die die Problematik des öffentlichen Dienstes nicht kennen oder diese Forderungen aus durchsichtigen Gründen vertreten. Die Arbeit der Pflegerinnen wird durch verschiedene Maßnahmen in den Anstalten auch durch Einstellung von Stationsgehilfinnen, erleichtert. Jährlich erhalten 100 Schwestern eine Gemeindewohnung. Es sei aber auch an die Vorgesetzten der Krankenschwestern appelliert, Erschwernisse des Pflegedienstes, die sich aus Unregelmäßigkeiten im Tagesablauf ergeben können, zu vermeiden. Das Gebot der Stunde heißt: Mehr Ausbildungsplätze für Krankenpflegerinnen. Die Stadt Wien hat diesem Erfordernis durch die Eröffnung der siebenten Krankenpflegeschule Rechnung getragen. Gleichsam als Reservoir für diese neue Schule haben wir im Herbst die Vorschule für soziale Frauenberufe eröffnet. Dieser neue Schultyp ist mit einem erfreulichen Erfolg ins Leben getreten.

Entgegen verschiedenen Pressenachrichten kann ich dem Gemeinderat die beruhigende Mitteilung machen, daß kein Grund zur Besorgnis ist, daß wir zuwenig Ärzte haben. Da in den letzten Jahren weniger junge Ärzte die Universität verlassen, leiden die Spitäler wohl an ärztlichem Nachwuchs. Die Stadt Wien hat aber dieser Erscheinung dadurch Rechnung getragen, daß die Spitalsärzte nicht mehr sofort nach Beendigung ihrer Spitalsausbildung das Krankenhaus verlassen müssen, sondern daß sie bleiben können, wenn sie wollen und der Bedarf vorhanden ist. Die Stadt Wien hat auch der Tatsache Rechnung getragen, daß die Anästhesie eine radikale Entwicklung durchgemacht hat. In den Wiener Krankenanstalten sind 18 Dienstposten für Narkosefachärzte systemisiert, von denen 17 besetzt sind. Erst vor wenigen Monaten hat die Stadtverwaltung über Wunsch der Ärztekammer und der Spitalsvertretung weitere 36 Dienstposten für Narkosehilfsärzte, die in Ausbildung zu Narkosefachärzten stehen, neu geschaffen. ./.

Von diesen konnten bisher 29 besetzt werden. Die Stadtverwaltung ist also hier nicht in Verzug, vielmehr mangelt es an Ausbildungsmöglichkeiten. An dem Arztemangel sind aber die ärztlichen Standesvertretungen nicht unschuldig. Als vor einigen Jahren vorübergehend mehr junge Ärzte aus den Universitäten kamen als augenblicklich gebraucht wurden, ist eine laute Abschreckungspropaganda gegen das Medizinstudium gemacht worden. Man war so kurzsichtig und übersah, daß das Überangebot an jungen Ärzten, durch Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse bedingt, nach kurzer Zeit überwunden sein wird, und jetzt haben wir den Mangel.

In der Ärztefrage muß die Stadtverwaltung vor allem zwei Grundsätze verfolgen: der notwendige ärztliche Dienst in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten der Stadt muß sichergestellt sein und die Besoldung der städtischen Ärzte darf den Rahmen der Besoldungsnormen des öffentlichen Dienstes nicht sprengen.

Auch andere öffentlich Bedienstete mit Akademikerbildung müssen häufig Mehrdienste leisten und können nicht für jede Überstunde eine separate Bezahlung bekommen. Den Ärzten in den Spitälern wird die Möglichkeit zu einer Vertiefung ihrer Ausbildung geboten, deren Früchte sie schließlich später in ihrer Praxis ernten können. Den Ärzten, als einziger Gruppe städtischer Bediensteter, ist die Möglichkeit eingeräumt, aus dem öffentlichen Dienst in dem Augenblick auszuschcheiden, den sie von ihrem persönlichen Standpunkt aus als den günstigsten für die Schaffung einer besseren Position erblicken.

Um den ärztlichen Dienst in den Anstalten zu sichern und gleichzeitig den Wünschen der Ärzte entgegenzukommen, wurden im abgelaufenen Jahr mehrmals Verhandlungen mit den Ärztevertretungen geführt, in denen eine Reihe von Verbesserungen vereinbart wurde. Vor allem wurde die Verlängerung des Dienstverhältnisses der Ausbildungsärzte vereinbart. Rettungsärzte, Anaesthesisten und Prosekturadjunkten wurden der Vertragsbedienstetenordnung unterstellt, und somit in ein unbefristetes Dienstverhältnis mit zweijähriger Gehaltsvorrückung genommen.

Die Gemeinde Wien hat jedenfalls bewiesen, daß sie den Ärzten gegenüber zu größtem Entgegenkommen bereit ist.

Aus den zahlreichen Verbesserungen für Gemeindebedienstete möchte ich nur einige von besonderer allgemeiner Bedeutung herausheben. Bekanntlich erhält seit Mai vorigen Jahres jeder Bedienstete, wenn er 25 Dienstjahre vollendet hat, eine Jubiläumsgabe in der Höhe eines halben Monatsbezuges, bei Vollendung des 40. Dienstjahres eine solche in der Höhe eines vollen Monatsgehaltes. Diese wird auch beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienst nach 35 zurückgelegten Dienstjahren ausgezahlt. Im Berichtsjahr sind an 3.305 Jubilare unter diesem Titel 7,3 Millionen Schilling flüssig gemacht worden. Von großer Bedeutung ist die Anrechnung von Vordienst- und Behinderungszeiten. Fast 34.000 Ansuchen sind eingebracht worden. Von diesen konnten von den Personalabteilungen bisher 14.000 Ansuchen positiv erledigt werden.

Auch in diesem Jahre wurden wieder an Opfer des Faschismus Beamtenentschädigungen ausbezahlt und laufende Zuwendungen bewilligt. 21 emigrierten ehemaligen städtischen Bediensteten wurden außerordentliche Versorgungsgenüsse neu bewilligt. Weitere 88 emigrierte ehemalige Bedienstete erhielten eine Nachzahlung solcher Versorgungsgenüsse im Ausmaß von zusammen 7,6 Millionen Schilling. An 15 Personen wurden Beamtenentschädigungen in der Höhe von zusammen 335.000 Schilling, an weitere 471 Personen Nachzahlungen auf Grund des erhöhten Teuerungszuschlages im Gesamtausmaß von 240.000 Schilling ausgezahlt.

Die Gemeinde Wien beschäftigt in einigen Betrieben auch Arbeiter und Angestellte, die auf Grund von Kollektivverträgen entlohnt werden. Verhandlungen über diese Dienst- und Besoldungsverhältnisse haben für die Forstarbeiter, für die Bediensteten der Gewista, für die Bäckereiarbeiter und für die Bediensteten der WÖK stattgefunden. Auch der Vertrag mit dem Verband der geistlichen Ordensschwwestern wurde verhandelt und die Bestimmungen an die durch die Einführung der 45-Stunden-Woche eingetretenen neuen Verhältnisse angepaßt. Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Urlaubszuschusses von 50 auf 75 Prozent der monatlichen Barentschädigung zugestanden worden.

Die Zahl der Disziplinarverfahren ist leider auch in diesem Jahr wieder größer geworden. Sie beträgt 482 Fälle gegenüber 404 des Jahres 1958.

Im Zunehmen sind allerdings vor allem die Disziplinarverfahren, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind. Rückläufig ist auch die Zahl der Beschwerden von Beamten und Pensionsparteien gegen die Gemeinde Wien bei den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts. Im laufenden Jahr sind nur 23 solcher Beschwerden eingebracht worden, gegenüber 77 im Jahre 1954.

Nicht unbeträchtlich ist die Unterstützung des Sports, die in der Form von Sonderurlauben für Bedienstete der Gemeinde Wien, die an internationalen sportlichen Wettkämpfen mitwirken, geleistet wird.

Größtes Augenmerk wurde auch heuer wieder der fachlichen Ausbildung und Fortbildung des städtischen Personals zugewendet. In verschiedenen Kursen sind 809 Beamte erfaßt worden. Im Rahmen der Jugendbetreuung wurden 28 Einzelvorträge durchgeführt, die von 989 Bediensteten besucht waren. In der Verwaltungsakademie wurden 21 Kurse mit 707 Teilnehmern durchgeführt. Der freiwilligen Fortbildung dienten 33 Kurse für Stenographie, Maschinschreiben und Rechtschreiben mit 1.200 Teilnehmern.

Auf dem Gebiete der Vorgesetztenschulung wurde die gute Zusammenarbeit mit dem Psychotechnischen Institut fortgesetzt. In diesem Jahr wurden 27 Seminare mit 811 Teilnehmern abgehalten.

Auch die Bemühungen auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung wurden fortgesetzt. Die Buchhaltungen und die betriebswirtschaftlichen Abteilungen der Stadtwerke wurden auf das Lochkartenverfahren umgestellt. Eine zentrale Gehaltsverrechnung wurde errichtet, die nunmehr auch die Gehälter und Nebenbezüge der aktiven Bediensteten im Lochkartenverfahren abrechnet. Die Wiener Stadtwerke besitzen zwei große Rechenzentren mit modernen Lochkartenmaschinen und Elektronenrechnern. Das eine Rechenzentrum verrechnet den Strom- und Gasverbrauch aller Wiener Konsumenten, das andere, dessen Ausbau noch nicht ganz abgeschlossen ist, besorgt neben der Verrechnung der Gehälter und Pensionen der Stadtwerkebediensteten eine Reihe betriebswirtschaftlicher Rechenaufgaben.

Mit Jänner 1960 wird ein solches Rechenzentrum auch im Rathaus im Rahmen der Magistratsdirektion-Amtsinspektion eingerichtet.

Mit 1. Jänner 1960 erfolgt eine Neuordnung in der Organisation der offenen Fürsorge. Durch diese Neuordnung können im bürokratischen Apparat rund 60 Beamte eingespart werden. Außerdem werden 46 Funktionäre mit Monatsbezug entbehrlich.

Im Entwurf des Voranschlages für 1960 findet sich zum erstmal ein detaillierter Dienstpostenplan. Damit wird einem Wunsch entsprochen, den manche Debatteredner in den Budgetverhandlungen früherer Jahre geäußert haben.

Abschließend dankte Stadtrat Riemer allen Bediensteten der Stadt Wien und der Unternehmungen, die immer ihr Bestes gegeben haben im Dienst der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung (allgemeiner Beifall).

(In der Debatte sprach hierauf GR. Maller (KLS). Den Bericht über seine Ausführungen bringen wir in unserer morgigen Ausgabe. Um 18.55 Uhr unterbrach der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer, die Beratungen, die morgen, Donnerstag, mit der Debatte zur Geschäftsgruppe I fortgesetzt wird. Als erster Redner spricht GR. Dr. Broesigke, FPÖ).

- - -

Pferdemarkt vom 15. Dezember

=====

16. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 156 Stück, hievon 12 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 145, als Nutztiere 7 verkauft, unverkauft blieben 4 Stück.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 12.80 bis 14.50 S, Extremware 7.30 bis 9.20 S, 1. Qualität 7.- bis 7.20 S, 2. Qualität 6.50 bis 6.90 S, 3. Qualität 5.80 bis 6.40 S, Nutztiere 6.80 bis 7.- S.

Herkunft der Tiere: Wien 2, Niederösterreich 73, Oberösterreich 18, Burgenland 34, Steiermark 20, Kärnten 4, Salzburg 5.

Auslandsschlachthof: 18 Stück bulgarische Maultiere, Preis 3.50 S je Kilogramm.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich für Schlechtpferde um zwei Groschen und für Schlachtfohlen um 25 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 6.96 S, Schlachtfohlen 13.62 S je Kilogramm. Gesamtdurchschnittspreis, Pferde: 6.96 S.

- - -